

Podiumsdiskussion: Jury, Matrix oder Kollektivverfahren?

Friedrich Rakuschan

Über Details der Verfassung lässt sich streiten. Aber die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verdient uneingeschränkten Zuspruch. Liegt es also tatsächlich nur an den überzogenen Erwartungen, dass die Politik von den Bürgern in saisonaler Regelmäßigkeit negative Umfragewerte erhält? Oder ist es doch die Fixierung aller Governanzregime auf ihre Tagesgeschäfte mit den Verflechtungen und Abhängigkeiten, was als Effekte das Bild der Politik in den Medien permanent generiert. Das mildert auch nicht die Rhetorik von Floskeln über Zukunftsfähigkeit, wenn Politiker/innen quasi selbstvergessen Wörter wie Fairness, Transparenz oder Partizipation in den Mund nehmen. Ist doch evident, dass auch derartige Aussagen nicht an die Bürger, sondern an die Medien adressiert sind. Denn auch Wahlen sind nur der Nachdruck dessen, was auf der Ebene der 'Beobachtung zweiter Ordnung' prozessiert wird.

Knapp gefasst: die Politik als Garant für die Steuerung von Kontingenzen ist seit Jahrzehnten in der Krise. Anders wie etwa der Wirtschaft gelingt es ihr noch nicht, adäquates Verhalten gegenüber den 'neuen Umwelten' zu entwickeln. Ordnungsvorstellungen, wie sie seit mehr als drei Jahrzehnten in den Komplexitätswissenschaften verhandelt werden, rücken – wie eine aktuelles Beispiel aus dem Wiener Subventionszirkus zeigt – nur sehr zögerlich in den Blick. Gemessen an den Tagesgeschäften erscheinen sie fraglos etwas jenseitig – die Fragestellungen auf der Schwelle einer posthumanen Ära, in der nicht Steuerungsformen nach den Regeln tayloristischer Industrieproduktion, sondern nach Regeln wissensbasierter Organisationen die erforderliche Inkonsistenzbewältigung versprechen.